Rainer Rilling

Wissenschafts- und Hochschulpolitik – eine Bilanz

I Kontinuität oder Wandel?

Das unverkennbare Moment ausgeprägter Kontinuität hat viele Beobachter frühzeitig annehmen lassen, daß die Wissenschafts- und Hochschulpolitik randständige, jedenfalls wenig profilierte Politikfelder der christliberalen Koalition seien. In der sozialliberalen Forschungspolitik entwickelte sich schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Dominanz einer sektoral-strukturpolitisch angelegten Weltmarktorientierung, in deren Zeichen der Impetus zum Aufbau sozialstaatlich orientierter Forschungsprogramme rasch erlahmte – und konsequent der durch gezielten Ressourceneinsatz unterstützte Steuerungsanspruch des Staates ersetzt wurde durch das Wiederaufblühen der traditionellen Forschungssubventionspolitik, die auf eine Beeinflussung der privaten Forschungsziele durch die öffentliche Hand weitgehend verzichtete. Der einstige bildungsreformerische Impuls zur Neugestaltung des Hochschulwesens hatte sich schon lange erschöpft; die sich seit 1974/75 verstetigende Finanzkrise des Hochschulwesens schrieb die 1976 mit dem Hochschulrahmengesetz fixierte Hochschulverfassung nachhaltig fest. Die Expansionsphase des Wissenschafts- und Bildungssystems ging zu Ende. Die 68er Reformgeneration – nirgends so nachhaltig etabliert wie an den Hochschulen – wanderte nicht selten in alte Karrieren und neue soziale Bewegungen aus. Zurück ließ sie eine angestrengt agierende Studentenbewegung. Als daher die christliberale Regierung 1983 an die Macht kam, schien es in Wissenschaft und

Hochschule auf eigentümliche Weise keinen Politikbedarf zu geben: erschöpfte Kampffelder der 70er Jahre.

II Umbruch

Die letzte Legislaturperiode hat jedoch gezeigt, daß die Forschungs-, Technologie- und Hochschulpolitik zunehmend relevante und eigenständige Sektoren sind. Auch das Hochschul- und Wissenschaftssystem der Bundesrepublik steht im Umbruch und die 1985 durchgesetzte Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ist dafür nur Symbol, nicht etwa ein vorrangiges Instrument.

Diese neue Transformation des Wissenschaftssystems wird weiter reichen als die Veränderungen der späten 60er und frühen 70er Jahre. Die damaligen Veränderungen waren relativ nachhaltig *politisch* reguliert und bauten auf der *Expansion* des Wissenschaftssystems auf; ihr Impetus kam vom *Bildungssystem;* der gegenwärtige Umbruch reflektiert den Übergang in eine Phase *intensiver* Wissenschaftsentwicklung (Ahrweiler) und folgt vorrangig *ökonomischen* Regularien; sein Impetus kommt vom *Forschungssystem.* Die in den 80er Jahren propagierte Abkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem hat ihr Korrelat in der Verkoppelung von Forschungs- und Industriesystem.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre sicherte die partiell demokratisch organisierte Bündelung der politischen Reformenergien eines Teils der Hochschulangehörigen eine gewisse, politisch vermittelte institutionelle Selbst-Bestimmung der Wissenschaftsziele und -entwicklung in Richtung auf ein Aufbrechen der gewachsenen Wissenschaftsstruktur zugunsten sozialstaatlicher und wissenschaftspluraler Orientierungen ab. Die Demokratisierung von Wissenschaft und Hochschule wurde eine Quelle von Autonomie. Nachdem die seit 1974 sich beschleunigende Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts auch auf die Hochschulen übergriff, wurde dieser *politische* Re-

gulator der Wissenschaft zunehmend ersetzt durch privat- und haushalts*ökonomische* Wissenschaftsregularien, deren effektive Funktionsweise eine starke Einschränkung der institutionellen Autonomie der Hochschulen erforderte. Die schmale Öffnung der Hochschulen gegenüber den sozialen Bewegungen geschah dabei großenteils noch auf der Grundlage einer quantitativen Ausweitung des Hochschulwesens. Neue wissenschaftliche Fragestellungen und Problemorientierungen kamen über die (in der Aufschwungperiode auch politisch relativ konfliktfreie) Ausweitung und Differenzierung des wissenschaftlichen Potentials – vor allem über den wissenschaftlichen Mittelbau – in die Hochschulen, kaum jedoch durch administrative oder durch finanzielle Steuerungsinstrumente bzw. ideologische Orientierungen indirekt erzwungene Umwidmung der bereits bestehenden Hochschulwissenschaft. *Diese Phase der extensiven Reproduktion des Wissenschafts- und Hochschulsystems der BRD ging in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu Ende* (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1
Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben und der öff. Hochschulausgaben am Staatshaushalt und BSP 1965–1985
(In %)

	Anteil am Staatshaushalt	Anteil am BSP
1965	11,2 (2,5)	3,4 (0,77)
1975	15,8 (3,8)	5,5 (1,32)
1985	14,5 (3,7)	4,7 (1,20)

Angaben in Klammern = Anteile der Hochschulausgaben

Die durchschnittlichen Wachstumsraten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sinken seit Jahren ständig ab und liegen vor allem im Hochschulbereich seit Anfang der 70er Jahre zum Teil kraß unter den Wachstumsraten des Bundesetats (Tabelle 2).

Tabelle 2
Durchschnittliche Wachstumsraten des Bundesetats nach Aufgabenbereichen (in %)

Gebiet/Jahr	1968/73	1973/78	1978/83	1983/89
Bundesetat	+ 10,1	+ 9,1	+ 5,4	+ 2,7
Bildungswesen, Wissenschaft u. Forschung sowie Kultur	+ 23	+ 7,3	+ 6,4	+ 2,0
Davon:				
Hochschulen	+ 24,9	− 6,0	+ 4,0	− 4,2
Verteidigung	+ 9,9	+ 6,1	+ 5,7	+ 3,1

Aus: Finanzbericht 1986, S. 138

Die Haushaltsprioritäten der gegenwärtigen Bundesregierung treten noch deutlicher hervor, wenn man die *Zuwächse* betrachtet: In der ersten Hälfte der 80er Jahre wuchsen die Mittel für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur um 2,8 Mrd. DM. Die zusätzlichen Mittel für militärische Zwecke summieren sich dagegen auf knapp das Sechsfache (15,8 Mrd. DM). Hier ist für die nächsten Jahre keine wesentliche Veränderung geplant. Die Finanzplanung sieht vor, daß bis 1989 gegenüber dem Stand von 1985 für den gesamten Bereich Forschung, Bildung, Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten 2,8 Mrd. DM, für den militärischen Bereich dagegen 6,4 Mrd. DM zusätzlich ausgegeben werden sollen. *Diese Entwicklung bewirkte eine Verschlechterung der finanziellen und personellen Ausstattung der Hochschulen.* Die Sachmittel für Forschung und Lehre gehen seit 1980 real zurück, seit 1982 auch nominal: sie sind von 688 Mio. DM/Jahr (1975) auf 585 Mio. DM (1982) gefallen. Das wissenschaftliche Personal schrumpft: während sich zwischen 1965 und 1975 das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen (ohne Kliniken) noch auf 128 000 verdoppelt hatte (und sich die Zahl der Professoren sogar auf 29 000 verdreifachte), waren ein Jahrzehnt später (1985) gerade 128 900 Personen an den Hochschulen wissenschaftlich tätig, darunter 29 600 Hochschullehrer. Die im letzten

Jahrzehnt strikt eingeführten Besetzungssperren bei freiwerdenden Stellen bewirken aufgrund der hohen Fluktuationsrate sogar, daß sich der Personalbestand der Hochschulen um weitere 3–4% vermindert, *so daß 1985 an den Hochschulen weniger Wissenschaftler arbeiteten als 1975.* Während die Zahl der Wissenschaftler fiel, ist dagegen im selben Zeitraum die Anzahl der Studierenden um fast 60% gestiegen; auf 100 Studienplätze kommen mittlerweile 175 Studenten/innen (»Überlast«). Die Relation Studierende:Lehrende hat sich von 9:1 (1970) auf 17:1 (1984) verschlechtert.

Zwischen 1980 und 1985 sind die Ausgaben des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von 4,2 Mrd. DM auf 4,0 Mrd. DM (−5,8%) gefallen, jene des Ministeriums der Verteidigung dagegen von 38,9 Mrd. DM auf 49,0 Mrd. DM gestiegen (+26%). *Allein aus den Zuwächsen des Militäretats seit Anfang der 80er Jahre hätte man unschwer einige Universitäten finanzieren können. Statt dessen wurden, summiert man die realen finanziellen und personellen Rücknahmen, Ressourcen in der Größenordnung einiger Hochschulen aus dem Wissenschaftssystem abgezogen.*

III Konservative Hochschulpolitik

Die unter solchen Bedingungen seit Anfang der 80er Jahre entstandenen Konzepte der Elitebildung, der Konkurrenz und Flexibilisierung sind Umschreibungen einer Politik, die als *Rationalisierungspolitik* im Zeichen schrumpfender Finanzmasse Arbeitsintensität und -effektivität steigern und die Qualifikationskosten senken, als *konservative Macht- und Ideologiepolitik* die in den 70er Jahren von den Reformkräften erreichten demokratischen Veränderungen in der Wissenschaftsorganisation mitsamt den daran geknüpften progressiven, kritischen Wissenschaftspositionen zurückdrängen und endlich als *Innovationspolitik* auf eine neue Phase der Wissenschaftsentwicklung reagieren will, in der verschiedene Natur- und Technikwissenschaften sowie die

Informatik in das Zentrum des Innovationsprozesses einrücken. *Wissenschaftliche Innovation soll durch Kontraktion statt Expansion erreicht werden* – was einen selektiven Ressourcenzuwachs nicht ausschließt. Das *flexibilisierte Wissenschaftssystem* soll diesen Leistungszuwachs bringen. Die dabei avisierte Sozialstruktur einer *High Science Hochschule* wiederholt – und radikalisiert – auf jeder Ebene das polare Modell der Zwei-Drittel-Gesellschaft. »Es geht um ein System von Regeln, das einigermaßen zuverlässig die belohnt, die mehr, die Besseres leisten als andere, die die ›bestraft‹..., die wenig leisten. Wettbewerb heißt für alle Beteiligten... risikoreicher zu leben. Wettbewerb heißt, so läßt sich der gleiche Sachverhalt auch ausdrücken, daß es Gewinner und Verlierer gibt.« (Graf Kielmannsegg).

Im Zentrum des sozialen Binnenraums der über 230 Hochschulen der BRD stehen knapp 10 000 Professoren der höchsten Besoldungsstufe C-4 und – davon schon abgesetzt – weitere 11 000 C-3 Hochschullehrer; klar unterschieden von dieser Gruppe sind die knapp 7000 C-2 Hochschullehrer sowie eine wachsende Zahl von Professoren auf Zeit (1982 ca. 600). Ein fast ebenso umfangreiches Heer von 27 000 »nebenberuflichen«, d. h. vielfach arbeitslosen Lehrbeauftragten und Privatdozenten arrondiert als marginalisierte Wissenschaftsreserve diese Gruppe. Ihre Bezahlung (wenn sie bezahlt werden!) und Arbeitsbedingungen spotten der Beschreibung.

Auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter ist die Differenzierung noch krasser: den knapp 16 000 auf Dauer Beschäftigten stehen rund 60–70 000 befristet beschäftigte Mitarbeiter, wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren gegenüber, wobei der kaum exakt erfaßbare Anteil, der mit oft völlig obskuren Privatdienstverträgen und über weitgehend unbeeinflußbare Drittmittel arbeitenden Wissenschaftler rapide steigt. Auch unter den ohnehin stark hierarchisierten etwa 170 000 »sonstigen« Beschäftigten setzt sich die Segmentierungstendenz zur Ausbildung einer »Stammbelegschaft« mit wachsender Peripherie durch.

Spektakulär sind endlich die Versuche einer neuen sozialen Spaltung der Studentenschaft (ca. 1,3 Mio.). Das Hauptinstrument ist die Veränderung der Ausbildungs- und Nachwuchsför-

derung. Gegenwärtig kostet ein Studium im Schnitt 64 000 DM und dauert rund 6,5 Jahre. Nachdem bereits unter der sozialliberalen Regierung bei der Ausbildungsförderung der Freibetrag für das mitverdienende Elternteil gestrichen worden war – wodurch vor allem mittlere Einkommensgruppen getroffen wurden – kam es 1983 zur Umstellung auf Volldarlehen, so daß ein Absolvent zwischen 31 500 und 45 000 DM zurückzubezahlen hat. Der Anteil der geförderten Studierenden sank von 35,8% in 1981 auf 25,1% 1984 und voraussichtlich gut 20% in 1985, die öffentlichen Ausgaben für die Ausbuldildungsförderung schrumpften von 3,6 Mrd. DM in 1980 auf 2,4 Mrd. in 1984. Da zudem die durchschnittliche Studiendauer fast durchgängig bis zu drei Semester über der Förderungshöchstdauer liegt und die Förderung der daran anschließenden Promotionsphase zeitweise faktisch ausgesetzt wurde – gegenwärtig werden höchstens 4000 von 40 000 Doktoranden gefördert – ist die einstige, ohnehin schwache Tendenz zur Zunahme des Anteils von Studierenden aus der Arbeiterklasse mittlerweile gebrochen. Sie hat sich offenbar umgekehrt: das ja nur sehr unvollständig geschwächte Bildungsprivileg wird erneut restauriert und seit 1985/86 zusätzlich verschärft, da die vielfältigen Versuche zur Installierung von Sonderstudiengängen (»Zwei-Klassen-Studium«) zu einer zusätzlichen sozialen Selektion führen werden. Studentsein ist ein part-time-job geworden: die Zahl der aus ökonomischer Not ständig arbeitenden Studierenden hat sich verdoppelt, 40% müssen sich auch während des Semesters ihren Lebensunterhalt verdienen, das Deutsche Studentenwerk spricht in seiner letzten Sozialerhebung von der »neuen sozialen Armut« der Studenten. Zwei von drei Studierenden geben an, daß die Institution Hochschule sie psychisch beeinträchtigt, krank macht, jeder Dritte bricht das Studium ab.

IV Soziale Isolierung

Die *innere soziale Polarisierung* der Binnenstruktur der rechts-

konservativen *Hochschule* der Pflege von Hochwissenschaft und -technologie korreliert zumindest in einer Hinsicht mit *externer sozialer Isolierung* der Institution Hochschule von ihrer Umwelt. Im Wintersemester 1984/85 sank erstmals die Zahl der Studienanfänger, da auch aufgrund der Abschreckungspropaganda der Bundesregierung die Übergangsquote von rund 80% auf etwa 60% abfiel. Seit 1981 haben über 200 000 Hochschulberechtigte in der Bundesrepublik völlig oder zeitweise auf den Beginn ihrer Hochschulbildung verzichtet, also kein Studium aufgenommen. »Diese Entwicklung«, erklärte der Staatssekretär Pfeifer vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, »unterstützen wir nachdrücklich.« Eine Wende zur Rücknahme der Bildungsansprüche, zur Dequalifizierung und Un-Bildung also, wesentlich erzwungen durch das Entstehen einer *Reservearmee akademisch qualifizierter Arbeitsloser.* Zwischen 1974 und 1983 hat sich die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen versiebenfacht, währen die Gesamtzahl der Arbeitslosen sich »nur« vervierfacht hat. 1984 hatten wir einen Bestand von mindestens 150 000, vermutlich aber über 300 000 arbeitslosen Hochschulabsolventen, von Arbeitslosigkeit zeitweise betroffen wurden in den letzten Jahren weit über eine halbe Million Hochschulabsolventen. Die berufsspezifische Arbeitslosenquote liegt in einzelnen Disziplinen – z. B. den Soziologen und Politikwissenschaftlern – bei rund 50%. Während die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen unter der konservativ-liberalen Koalition weiter rasch zugenommen hat, haben sich zugleich die Beschäftigungsbedingungen für Hochschulabsolventen verschlechtert. Wenn der Stellenbestand für Hochschulabsolventen nicht bis zum Jahr 2000 um rund zwei Millionen vermehrt werden kann, droht im Akademikerbereich eine Beschäftigungskrise in bislang nicht gekannten Ausmaßen.

Die Studentenpopulation an den Hochschulen zerbricht in drei große Gruppen. Auf der einen Seite stehen jene, die auf das neue, elitäre Versprechen auf die Erreichbarkeit beruflichen Avancements, sozialer Sicherheit und Privilegien, endlich zusätzlicher Macht und individueller Freiheit vertrauen und sich zunehmend auch auf die ungezügelten Varianten individuellen

Konkurrenzkampfes einlassen; nicht selten dabei sehr unmittelbar in Gang gehalten von der verdeckten, aber präsenten Furcht vor sozialem Abstieg, Dequalifizierung, Arbeitslosigkeit. Dieses Karrieremuster ist keineswegs bloß illusionär: auch ein stagnierendes Hochschulwesen kann einer – schrumpfenden – Zahl von Studenten innerhalb einer industrienäheren und praxisgerechteren Ausbildungexklusive Gratifikationen liefern. Auf der anderen Seite das Feld jener, für die Hochschule keine Identifikationsinstanz aber ein chancenreicher Ort zur Persönlichkeitsbildung ist, über die private Gegenwelten, Orientierungswissen und Kultur organisiert werden können, welche ein Aushalten der erwarteten späteren beruflichen Dequalifizierung, sozialen Unsicherheit und Deklassierung, oftmals Arbeitslosigkeit gewährleisten soll. In der gegenwärtigen Umbruchperiode wächst schließlich die Übergangsgruppe jener, die sich gleichsam beide Zukunftsoptionen offenhalten will: sie formuliert auch aktuelle Zukunftsansprüche, realisiert sie aber außerhalb der Hochschule und läßt sich in dieser auf Konkurrenzkämpfe ein.

V Alternativen

Polarisierung und Isolierung, innere Stratifikation und äußere Restauration hängen zusammen. Ihr gemeinsamer Nenner ist die *Kontraktion* des Wissenschafts- und Bildungssystems, in dem Ressourcenzuwachs nur noch einseitig verdichtet auf den Hochtechnologiesektor sowie ihn arrondierende und legitimierende Wissenschaftssektoren zugelassen ist – eine Kontraktion wohlgemerkt, die nicht aus der inneren Entwicklungslogik der Wissenschaft, sondern aus einer krisenhaft unterlegten Expansionspolitik des Kapitals folgt, die Haushaltsrestriktion und Ressourcenumverteilung zu Lasten breiter Sektoren des Wissenschafts- und Bildungssystems betreibt.

Die Alternative – eine Erschließung der aus sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit kommenden wissenschaftlichen Produktivität für eine sozialverpflichtete, gesellschaftlich nützliche Wis-

senschaft, eine Hochschule mit freiem Zugang für alle und Gewährleistung ihrer bestmöglichen Ausbildung, eine öffentliche Hochschule also, die für jedermann und jede Frau offen ist – dies setzt den Bruch mit einer Politik des Knapphaltens der lebendigen wissenschaftlichen Arbeit voraus. Gefordert ist damit ein Bruch mit dem großen, fast ein Jahrzehnt alten Konsens, daß eine Expansion des Bildungswesens und Wissenschaftssystems – und damit auch eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – nicht mehr möglich sei. Doch der Wissenschaft geht die Arbeit nicht aus. Für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gibt es keine Lösungen, die grundsätzlich verschieden sind von denen, die zur Beseitigung des Problems der allgemeinen Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie sind Teil der Gesamtforderung nach Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Ein Sofortprogramm zur Beseitigung der Akademiker- und Wissenschaftlerarbeitslosigkeit muß die Qualifizierung für gesellschaftlich nützliche und sinnvolle Tätigkeit fördern und nicht die Entwertung der wissenschaftlichen Ausbildung organisieren. Ein solches Programm muß einschließen die Verkürzung der Arbeitszeit im Wissenschaftsbereich, die Wiederherstellung der arbeits- und sozialrechtlichen Schutzrechte, den sukzessiven Abbau der Zeitverträge und die Wiedereinführung des Stipendienprinzips bei der Studienförderung, die Erweiterung des Kreises der für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Frage kommenden Personen und Institutionen und eine beträchtliche Ausweitung der Mittel für Graduiertenförderung und individueller Forschungsförderung. Zugleich müssen erhebliche Mittel beschäftigungswirksam investiert werden: in ressourcen- und umweltschonende Technologieentwicklung (regenerative Energiequellen, Kreislaufwirtschaft, Konversion für chemieindustrielle Produktionen, umweltorientierter Städtebau, Technologiebewertung in den Bereichen Wasser, Verkehr, Farbstoffchemie, Mikroelektronik in der Arbeitswelt); investiert werden muß die Gesundheitsforschung (Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, arbeitnehmerorientierte Arbeits- und Unfallmedizin, Umwelttoxikologie, Krebsforschung); Investitionen sind notwendig in die Sozialwis-

senschaften (Frauenforschung, Friedensforschung, Armutsforschung, Entwicklungsländerforschung, Kultur- und Bildungsforschung). Die Finanzierung eines solchen Programms, das sich einzig den gesellschaftlichen Bedarf zum Parameter macht, setzt einen radikalen Umbau der Staatshaushalte voraus. Dies wird mit der jetzigen Regierung nicht zu machen sein.

VI Ökonomisierung

Die Stichworte zur Lage der Hochschule sind soziale Polarisierung, Ökonomisierung und Militarisierung. Dem Abbau der sozialen Öffnung der Hochschule und ihrer inneren sozialen Zergliederung entspricht ihre funktionelle Zersplitterung und ihr Verlust an institutioneller und wissenschaftsinhaltlicher Kohärenz. Damit korreliert eine sich beschleunigende *ökonomische Öffnung zum Kapital*, in erster Linie erzwungen durch die Finanzkrise des Hochschulwesens und seine wachsende Unterkapitalisierung.

Das Steuerungssystem der Hochschulwissenschaft verändert sich dabei grundlegend: die Fähigkeit der Institution Hochschule zur autonomen Zielsetzung auf der Grundlage der institutionellen Verfügung über materielle und personelle Ressourcen wird zerstört durch den Aufbau externer, zentraler staatlicher oder privater Entscheidungspotentiale, in welche die individuellen Aktivitäten der Hochschulwissenschaftler marktmäßig eingebaut werden. Die Öffnung der Hochschulen – nicht einfach allgemein zur gesellschaftlichen Praxis und den Anwendungsfeldern von Wissenschaft, sondern konkret zur Sphäre kapitalistischer Wissenschaftsverwertung – ist dramatisch. Unter den Bedingungen restriktiver Haushaltsentwicklung treten Einflußmöglichkeiten über finanzielle Ressourcen in den Vordergrund; schon geringe Mittel öffnen Zugänge und bieten weitreichende Kontrollchancen, garantieren also die Gratisaneignung wissenschaftlich qualifizierter Arbeit, die jährlich mit rund 16 Mrd. DM gesellschaftlich finanziert wird. Die aus der Industrie selbst

kommenden Mittel zur Wissenschaftsfinanzierung dürften rund eine halbe Milliarde DM ausmachen. Ihr Steuerpotential ist jedoch weit höher: 1979 betrug das Verhältnis von Haushaltsmitteln zu privaten und öffentlichen Drittmitteln noch 1:2, mittlerweile dürfte die Relation bei 1:4 liegen. Knapp ein Fünftel der 230 Hochschulen beanspruchte 1982 mit 1,2 Mrd. DM über 70% aller Drittmittel, in nur 6 Hochschulen flossen ca. 430 Millionen DM. Über Forschungsverbundsysteme etwa in der Mikroelektronik oder Biotechnologie, über Hochschulinstitute, die von Konzernen und Hochschulen gemeinsam gegründet wurden, Stiftungslehrstühle oder vielfältige personelle Verflechtungen erschloß sich die Industrie im letzten Jahrzehnt weitere Zugänge, die komplettiert wurden durch den Aufbau von über 200 Einrichtungen zum Transfer des an den Hochschulen erarbeiteten wissenschaftlichen und technischen Wissens in die Wirtschaft. Ein Unternehmen wie IBM führte Anfang 1986 allein 44 »Gemeinschaftsprojekte« mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen durch.

Diese Industrieoffensive an den Hochschulen verändert deren Funktionslogik grundlegend: über Wissenschaftsmarketing installierte marktadäquate Wissenschafts- und Technologieangebote werden in der Tendenz zur entscheidenden Bedingung für die materielle Ausstattung und Budgetierung der Universitäten. Nur wer »marktgerecht«, also wertschöpfend mit Wissenschaftsressourcen umzugehen vermag, kann in der forschungspolitischen Szene eine Rolle spielen. »Die Universitäten bieten ihr Know-How in Kaufhäusern an, wie unlängst die FU Berlin im ›Kaufhaus des Westens‹; sie stellen ihr Wissen auf Industriemessen aus; in der Universität werden nur solche Fächer von Kürzungen verschont und mit Elitestudiengängen von lästiger Lehre entlastet, die über üppige Industriegelder verfügen oder ansonsten eine Lobby aus der Wirtschaft vor- bzw. nachweisen können: an der Universität Frankfurt etwa erhält das Fach, das im jeweils letzten Jahr die meisten Fremdmittel eingeworben hat, einen Preis aus dem Hochschuletat von derzeit 1 Mio. DM« (Ahrweiler). Ökonomische Erfolgsindikatioren, kristallisiert im »Ranking«, begründen zugleich wissenschaftliche Reputation,

die im Sozialsystem Wissenschaft immer noch als wesentlicher Indikator für das Erscheinen wissenschaftlicher Wahrheit gilt: ein überaus problematisches Zusammenlaufen von ökonomischem Verwertungs- und wissenschaftlichem Erkenntnisprozeß also. »Drittmitteleinwerbungen«, notierte der Forschungsbericht des Landes NRW, »sind für den Wissenschaftsminister ein Qualitätsmerkmal geworden« – hier beantwortet schon gleichsam die schiere Größe des Forschungskapitals die Frage nach wissenschaftlicher Wahrheit, Verläßlichkeit, Neuheit.

VII Die Wende in der Forschungspolitik

Anfang 1985 legte der DGB eine Schätzung vor, wonach gegenwärtig höchstens 5 Prozent der Hochschul- und Stiftungsmittel für Forschung zu Vorhaben verwandt werden, die unmittelbar auf die Lösung von Problemen von Arbeitnehmern gerichtet sind. Tatsächlich stehen gegenwärtig im Hochschulforschungssystem den 200 wirtschaftsorientierten Transfereinrichtungen zehn, zumeist vergleichsweise kärglich ausgestattete und in ihrer Weiterarbeit ständig gefährdete Kooperationsstellen Gewerkschaften – Hochschulen gegenüber. Noch geringer ist die Zahl alternativer aber von Hochschulseite geförderter Wissenschaftseinrichtungen (»Wissenschaftsläden«). Das Gesamtbild der »Forschungslandschaft Bundesrepublik« ist freilich in noch dunkleren Farben zu zeichnen.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei Wissenschafts- und Forschungspolitiken: eine öffentliche und eine private. Die Private hat bei weitem die Übermacht: sie finanziert über die Hälfte (31 Mrd. DM in 1985) und verbraucht mehr als zwei Drittel der gesamten Mittel (52 Mrd. DM) für Forschung und Entwicklung. Allein vier Unternehmen – Siemens, Bayer, BASF und Hoechst – geben mit über 8 Mrd. DM pro Jahr mehr für Forschung aus als alle Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Der wichtigste Forschungskonzern – die Siemens AG – investiert mit rund 3 Mrd. DM jährlich das

Neunfache aller staatlichen Forschungsmittel Nordrhein-Westfalens (auf dem akademischen Arbeitsmarkt absorbierte nebenbei dieses eine Unternehmen 1985 ein Drittel der Universitäts- und Fachhochschulabsolventen der Elektrotechnik).

Eine nähere Analyse der Forschungspolitik der Bundesregierung wird zwei Merkmale hervorheben müssen:

1.) Das Ziel der Bundesregierung ist es, die private Wissenschaftspolitik auf Kosten der öffentlichen zu stärken. Sie fördert mit beträchtlichen Mitteln die private Großwissenschaft und reduziert zugleich den öffentlichen Einfluß auf das industrielle Wissenschaftspotential. Ökonomisch läuft dies auf Kostensozialisierung und Gewinnprivatisierung hinaus. Praktisch geschieht dies durch die Verstärkung der indirekten Forschungsförderung, die nicht mehr staatlich definierte Forschungziele im Auge hat, sondern nur noch umverteilen will; durch den Abbau des Beratungswesens bzw. die Verstärkung des Gewichts informeller Beratungsstrukturen (wie der Runde der Präsidenten der großen wissenschaftlichen Einrichtungen); endlich durch die vielfältigen Methoden der Entwicklung des Wissens-, Technologie- und Personaltransfers. Die Auswirkungen dieser Politik liegen auf der Hand: wenn 37 von 233 Hochschulen 75% der Drittmittel auf sich ziehen und fast 2/3 aller eingeworbenen Drittmittel auf nur 4 Bundesländer entfallen, kommt es zu einer beträchtlichen Vertiefung regionaler Forschungsdisparitäten und zu einer schroffen Hierarchisierung des Institutionengefüges der Wissenschaft.

2.) Das Prioritätenmuster der Forschungsförderung verändert sich unter der christliberalen Koalition rasch. Drei Tendenzen sind offenbar:

a) Die Aufwertung der Grundlagenforschung, die im Etat des BMFT eine zunehmende Rolle spielt. Wachsende Multifunktionalität und Diffusionspotentialität machen zusammen mit der Verkürzung des Innovationszyklus in einer Reihe von Wissenschaft-Technik-Produktionslinien die zu 80% an den Hochschulen angesiedelte Grundlagenforschung zu einem unmittelbar praxis- und damit verwertungsrelevanten Faktor. Diese Verdichtung des Zusammenhangs von Grundlagenwissenschaft und An-

wendung bildet die Grundlage neuer funktioneller, institutioneller, finanzieller und sozialer Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Produktion.

b) Damit korreliert die selektive Förderung der militärischen und zivilen Hochtechnologien in der Elektronik, Steuerungstechnik, Gen-/Biotechnologie sowie Luft- und Raumfahrtforschung, die sich zunehmend als direkte Anwendung von Grundlagenwissen entwickeln. Eine solche Prioritätensetzung hat zunächst dazu geführt, daß den politischen Repräsentanten des Landes der Dichter und Denker die jährliche Förderung der Geisteswissenschaften gerade noch so viel wert ist, wie sie in zwei Jahren zur Beseitigung der hierzulande anfallenden Manöverschäden ausgeben. Auf der anderen Seite führt die selektive Förderungspolitik dazu, daß sich die staatliche Finanzierung und Steuerung intensiviert: hier findet kein »Rückzug des Staates« aus der Forschungsförderung statt; 1985 war das erste Jahr, in dem die direkte Forschungsförderung der Wirtschaft durch das Wirtschafts- und Verteidigungsministerium (3,2 Mrd. DM) jene des Forschungministeriums (2,7 Mrd. DM) übertraf. Die in den 80er Jahren stark ausgebaute Länderforschungspolitik verstärkt diese Tendenz und übersetzt vor allem die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in die Hochschulen: in einigen Bundesländern (NRW, Hamburg, Hessen) sind allerdings auch seit 1984/85 einzelne sozial- und friedenspolitisch ausgerichtete Programme und Projekte in Gang gekommen, die Kontrapunkte setzen.

c) Nachdem Mitte der 60er Jahre die zuvor unter dem ehemaligen Verteidigungs- und Atomminister Strauß entwickelte Linie der vorrangig rüstungsindustriell orientierten Forschungsförderung, die über den spin-off aus der stark geförderten Rüstungsforschung zugleich das technologische Niveau der gesamten Volkswirtschaft entwickeln wollte, abgelöst worden war durch eine primär zivil- und sekundär rüstungsindustriell ausgerichtete Forschungsförderung, die ergänzend wachsende Ressourcen auf infrastrukturelle und sozialstaatliche orientierte Ziele ausrichtete, begann in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine neue Entwicklung. Die Bedeutung der Rüstungsforschung stieg. Der Anteil der Ausgaben für militärische Forschung und Ent-

wicklung an den FuE-Ausgaben des Bundes nahm von 13,9% in 1982 auf ca. 20% in 1986 zu; das Gesamtbudget militärisch relevanter Forschung dürfte 1986 bei ca. 6,5 Mrd. DM liegen. Etwa jede neunte DM, die in der BRD insgesamt für Forschung ausgegeben wird, geht somit in den Rüstungssektor.

Während von den 3,8 Mrd. DM, die zwischen 1974 und 1978 zusätzlich für die großen Schwerpunktprogramme des Bundes ausgegeben wurden, über 80% in den zivilen Bereich gingen, hat sich die Verteilung der Zuwächse in den Jahren 1982–1986 umgekehrt: von den 3,03 Mrd. DM zusätzlicher Mittel wurden 74,7% in den militärischen Bereich investiert. Seit 1981 hat sich somit eine weitreichende Neuaufteilung des Ressourcenzuwachses vollzogen (vgl. Tabelle III).

Tabelle III
Verteilung des Zuwachses an Forschungsmitteln
auf Aufgabenbereiche unter der jetzigen Bundesregierung
(1982–1986)

Militärische Forschung	+	2 265 Mio. DM
Weltraumforschung	+	538 Mio. DM
Technologische Forschung	+	478 Mio. DM
Wirtschaft/Infrastruktur	+	431 Mio. DM
DFG/MPG/FhG	+	305 Mio. DM
Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheit	+	248 Mio. DM
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	+	82 Mio. DM
Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	+	78 Mio. DM
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	+	45 Mio. DM
Sonstige Energieforschung	-	917 Mio. DM
Kernforschung	-	430 Mio. DM
Boden- und Meeresforschung	-	92 Mio. DM

Aus: Finanzbericht 1986, Bonn 1985, S. 139 f.

Diese Entwicklung vollzieht sich auf der Basis eines Förderungsmusters, das für ökologisch und sozial orientierte Forschung höchstens 5–10% der Mittel bereitstellt: ein krasses Ungleichgewicht (Tabelle IV).

Tabelle IV
Forschungsprioritäten des Bundes
(In Mio. DM)

Jahr	Forschung im Bereich soziale Fragen, Gesundheit, Arbeitsmarkt	Friedensforschung	Militärische Forschung
1981	569		1525
1982	557		1664
1983	562	2,37	1858
1984	562	1,65	1948
1985	647	2,86	2499
1986	705	2,86	2648

Die gegenwärtig vorliegenden Planungsdaten zeigen, daß sich dieses Prioritätenmuster in den nächsten Jahren noch deutlicher ausprägen soll: SDI, der Aufbau einer militärischen Weltraumforschung und die rasche Militarisierung der Informatik stehen für den Ausbau der rüstungsindustriellen, Eureka für die Ausprägung der zivilindustriellen forschungspolitischen Variante. Beide gehen auf Kosten der ökologischen und sozialstaatlich orientierten Forschung.

VIII Ausblick

Alternativen zur Forschungspolitik können nicht in Konzepten einer neuen Wissenschafts- und Hochschulesoterik, einer Absage an den Praxisbezug der Wissenschaft, der Verneinung von

Wissens- und Technologietransfer und damit in Konzepten einer neuen Wissenschaftsautonomie jenseits gesellschaftlicher Ansprüche auf die Fähigkeiten und Leistungen der Wissenschaft zur Problemlösung bestehen. Erste Konturen solcher Alternativen sind mittlerweile sichtbar. Die SPD votiert gegen die soziale Sperrung der Hochschulen, die Mißachtung der Akademikerarbeitslosigkeit, die Benachteiligung der Frauen, die Auswanderung der Hochschulforschung, die Beschneidung der Gesellschaftswissenschaften. Eine rasche Umsetzung des novellierten Hochschulrahmengesetzes ist von den SPD-getragenen Landesregierungen nicht zu erwarten. Sie hat sich dezidiert gegen SDI-Forschungen an den Hochschulen ausgesprochen. Die Grünen haben viel beigetragen zur Entwicklung von Problembewußtsein gegenüber der Hochtechnologieentwicklung; radikale Kritik üben sie an der Rüstungsforschung, an Gentechnologie, an einer Reihe von Forschungsprogrammen in den Informationstechnologien, an der Zentralisierung und Entpolitisierung der forschungspolitischen Willensbildung; doch abgesehen vom Bereich der Gentechnologie und der Frauenforschung mangelt es ihnen an Rückhalt in der »scientific community«, um mit ausreichender Kompetenz alternative Wissenschaftsprogramme entwerfen zu können. Das forschungs- und wissenschaftspolitische Profil der SPD hat seine Grenzen dort, wo es an Kernfragen geht: die SPD hat ebensowenig wie die Grünen eine Beschäftigungsprogrammatik für arbeitslose Akademiker entwickelt; es gibt keine inhaltlichen Aussagen zur Studienreform; die sozialdemokratische Kritik am Kurs auf den rabiaten Aufbau von Hochtechnologie ist bestenfalls moderat zu nennen; die SPD plädiert für den Ausbau der Rüstungsforschung und der zivilindustriellen ausgerichteten Forschungsförderung – man denke an ihre Stellung zu »Eureka«; sie hat keine Finanzierungsprogramme zur Förderung von Wissenschaftsalternativen entwikkelt. Konzepte zur entschiedenen Ausdehnung der öffentlichen zu Lasten der privaten Förderungsmittel und zu einer Forschungsplanung, welche die Entstehung regionaler und disziplinärer Disparitäten verhindert und eine Mitbestimmung, existieren nicht. Die SPD-Forschungsförderung in den Ländern ist

immer noch weithin ununterscheidbar von jener des Rechtskonservatismus, Neuansätze sind – wie etwa auf dem Gebiet der Friedensforschung – noch sehr bescheiden.

Obwohl kein bundespolitischer Bereich so erfolgreich entpolitisiert werden und kein Minister so unwidersprochen seine politischen Konzeptionen realisieren konnte, gibt es auf dem Feld der Wissenschafts- und Forschungspolitik dennoch gegenläufige Entwicklungen, die über die in den Oppositionsparteien organisierten Positionen hinausweisen. Im Unterschied zu den ersten drei Jahrzehnten der Geschichte der BRD stehen die Kämpfe ihrer sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Einsatz neuer (Rationalisierungs-, Energie-, Rüstungs- etc.) Technologien. Andererseits hat sich nach der Umweltdebatte in den 70ern die Auseinandersetzung um die Sicherung des Friedens in diesem Jahrzehnt bei zahlreichen Techniker- und Wissenschaftlergruppen allmählich ausgeweitet in eine grundsätzliche Infragestellung der bisherigen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Vom Entwicklungsgrad der sozialen Bewegungen und ihrer Fähigkeit, gemeinsam mit diesen Gruppen wissenschaftliche Kompetenz zu mobilisieren und in gemeinsame politische Aktion umzusetzen, hängt die Weiterentwicklung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in der Bundesrepublik ab.